

Inhalt

Alterssicherung

- ✓ DGB-Index Gute Arbeit: Schrittweise in die Rente
- ✓ DGB-Vorschläge „Flexible Übergänge“ im Überblick

Arbeitsschutz

- ✓ Burn-out auf dem Weg zur Volkskrankheit

Teilhabe behinderter Menschen

- ✓ BMAS-Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz
- ✓ Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen 2014

Veranstaltungen

- ✓ DGB: Seniorenpolit. Konferenz, 28.10.14, Hamburg
- ✓ DGB: Wie weiter mit der Pflege?, 29.10.14, Berlin
- ✓ DGB-Bildungswerk: Gesetzliche Änderungen & SBV-Arbeit, 25.09.14, Düsseldorf
- ✓ Plattform Globale Gesundheit, 26.09.14, Berlin



Annelie Buntenbach
(Mitglied des
geschäftsführenden
Bundesvorstandes)

Unser Team.

Petra Köhler	Heike Inga Ruppender, Maxi Spickermann, Ulrike Wheeler	Ingo Nürnberger	Dirk Neumann	Knut Lambertin	Marco Frank	Dr. Hanns Pauli	Marina Schröder, Sonja König	Christina Sonnenfeld
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariate Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung Rehabilitation Seniorenpolitik	Gesundheitspolitik Krankenversicherung	Pflege Selbst- verwaltung	Arbeits- und Gesundheits- schutz	Unfallversicherung Arbeits- und Gesundheitsschutz	Büroleitung

Alterssicherung

Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit: „Schrittweise in die Rente“

Die Hälfte der Beschäftigten wünscht sich für den Übergang in die Rente eine schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit. Dies zeigt die aktuelle Befragung zum DGB-Index Gute Arbeit. Besonders stark ausgeprägt ist der Wunsch nach einem flexiblen Übergang bei den Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen elementare Mängel aufweisen. Insbesondere eine hohe Arbeitsintensität, die Ableistung vieler Überstunden oder die Sorge um die berufliche Zukunft gehen mit einem starken Interesse an einer schrittweisen Reduzierung der Arbeitszeit einher. Und bei den weiblichen Beschäftigten ist der Wunsch stärker ausgeprägt als bei ihren männlichen Kollegen. Dem großen Interesse an flexiblen Ausstiegsmöglichkeiten steht jedoch nur ein unzureichendes Angebot gegenüber. Nicht einmal jeder Dritte besitzt die Möglichkeit, den Übergang durch eine Reduzierung der Arbeitszeit zu gestalten. Von den Beschäftigten, die den Wunsch nach einer solchen Option äußern, hat sogar nur jede/jeder Vierte auch die Chance dazu.

„Bauarbeiter scheiden im Durchschnitt mit 58 aus dem Arbeitsleben aus, Beschäftigte im Gesundheitswesen oder im Maschinenbau mit 61. Da ist doch völlig klar, dass die Idee von der Vollzeitarbeit bis zum gesetzlichen Rentenalter für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt nicht passt“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach anlässlich der Veröffentlichung der neuen Befunde des DGB-Index Gute Arbeit. „Deshalb brauchen wir bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für gleitende und abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente. Teilzeitbeschäftigung und Teilrente ab 60 kombinieren zu können ist da ein wichtiger Baustein. Und es geht dabei eben nicht um Frühverrentung, sondern darum, dass die Menschen mit einer geringeren Arbeitszeit länger gesund in Arbeit bleiben können. Wenn ältere Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter nur noch drei oder vier Schichten in der Woche machen müssen statt fünf, dann tragen die längeren Ruhepausen dazu bei, dass sie es auch länger schaffen als nur bis 63.“

Es muss schnellstens etwas passieren: Der Gesetzgeber muss für bessere Rahmenbedingungen bei den flexiblen Übergängen und für eine Anti-Stress-Verordnung sorgen und ein wirksames Präventionsgesetz erlassen. Die Arbeitgeber müssen stärker in die Pflicht genommen werden.“

Die Erhebung 2014 des DGB-Index Gute Arbeit beschäftigt sich – neben anderem – mit dem Thema Arbeitszeitsouveränität. Die aktuelle Broschüre präsentiert in einer Sonderauswertung die Antworten der Beschäftigten im Alter von über 55 Jahren auf die Frage nach dem schrittweisen Übergang in die Rente. Die Ergebnisse des regulären Reports zum DGB-Index 2014 werden um die Jahreswende 2014/2015 erscheinen.

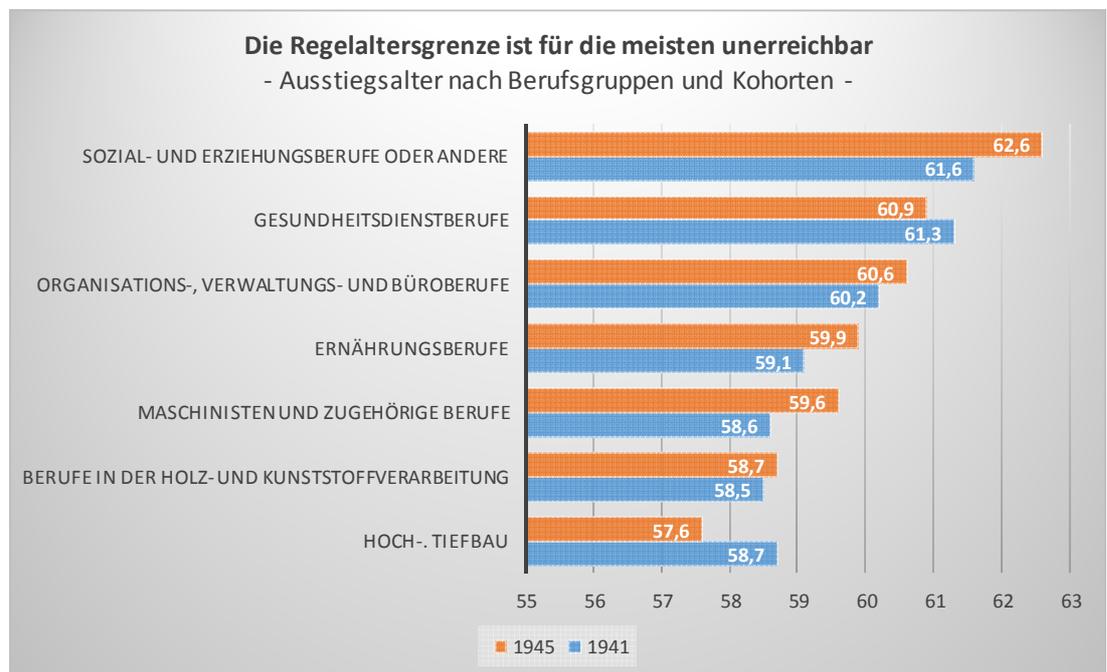
Die aktuelle Broschüre „Schrittweise in die Rente“ zum Download sowie weitere Informationen zum DGB-Index findet sich unter www.dgb-index-gute-arbeit.de

Vorschläge des DGB zur Gestaltung flexibler Übergänge – im Überblick:

- Teilrente ab 60 zum Beispiel als Sonderform der Altersrente für langjährig Versicherte, verbunden mit
 - einem verbesserten Rechtsanspruch auf sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit im Alter insbesondere auch in Kleinbetrieben
 - höhere und flexiblere Hinzuverdienstgrenzen bei Teilrenten
 - besseren Möglichkeiten für Aufstockungsbeiträge in der GRV (§ 187 a SGB VI)
- Altersflexi-Geld für gesundheitlich eingeschränkte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr vollständig ausüben können (teilweiser Ausgleich des entgangenen Einkommens)
- Altersteilzeit erneuern
- weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Dass der Handlungsbedarf groß ist, zeigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit: Nach ihrer Beschäftigungsstatistik besaßen im September 2013 nur 22,4 Prozent der 63-Jährigen und 17,3 Prozent der 64-Jährigen noch einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Nach dem IAB-Betriebspanel passen nicht einmal

fünf Prozent aller Betriebe die Anforderungen an die Fähigkeiten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, und noch weniger Betriebe offerieren altersspezifische Gesundheitsförderung. Nicht einmal 10 Prozent der Unternehmen binden ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen ein.



Quelle: Brussig/Ribbat, Altersübergangsreport 2014-1.

Arbeitsschutz

Burn-out auf dem Weg zur Volkskrankheit – Anti-Stress-Verordnung eine wichtige Antwort darauf.

EU-Sozialkommissar László Andor kritisiert die hohe Zahl an Überstunden, die deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten müssten. Auch Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, warnt: „Überstunden, ausgefallene Pausen, Schichtarbeit, Rufbereitschaft und schlicht zu viele Aufgaben – das gehört mittlerweile für Millionen von Beschäftigten zum Alltag.“ Burn-out sei auf dem Weg zur Volkskrankheit, so Buntenbach gegenüber der Zeitung DIE WELT.

Andor, ungarischer EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, hatte ebenfalls gegenüber der WELT kritisiert, dass in keinem anderen Land der Euro-Zone die Differenz zwischen vereinbarter und tatsächlicher Arbeitszeit so hoch sei wie in Deutschland.

Auch der DGB-Index Gute Arbeit hat das Problem offengelegt: Rund zwei Drittel der Beschäftigten in Deutschland beklagen, dass sie immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit leisten sollen. Und immerhin 42 Prozent geben an, unbezahlte Überstunden zu machen.

Der DGB fordert vom Gesetzgeber eine Anti-Stress-Verordnung, die die bestehenden Regelungen zum Arbeitsschutz ergänzt und vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz schützt.

Die Arbeitgeber, aber auch die Beschäftigtenvertretungen brauchen verbindliche Anhaltspunkte, auf die man bei der Arbeitsgestaltung achten muss. Die Arbeitswissenschaft hat dafür auch schon Kriterien formuliert.

Das beginnt bei den Arbeitsinhalten – zum Beispiel wie abwechslungsreich sind die Tätigkeiten, passt die Qualifikation zu den Aufgaben und sind die Kompetenzen klar geregelt –, und geht weiter mit Fragen nach regelmäßigen Überstunden und hohem Zeitdruck. Wichtige Kriterien sind auch das Führungsverhalten – zum Beispiel haben die Vorgesetzten ausreichend Zeit, mit den Mitarbeitern über die Arbeitsaufgaben zu sprechen – und die Arbeitsumgebung. Wie laut ist es am Arbeitsplatz, muss man mit Gefahrstoffen arbeiten, taugen die Arbeitsmittel oder sind sie völlig veraltet?

Diese Fragen müssen in der Gefährdungsbeurteilung beantwortet werden. Die Gefährdungsbeurteilung ist schon seit Mitte der Neunziger vorgeschrieben und hilft den Arbeitgebern, die Arbeit so zu gestalten, dass sie die Gesundheit schont und am besten sogar fördert. Es geht also um die Formulierung von Merkmalen guter Arbeit. Außerdem können die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen zusätzlich branchenspezifische Hinweise geben, wie zum Beispiel die Arbeit in einem Callcenter, im Hotel oder am Fließband gestaltet werden muss, damit sie möglichst Stress vermeidet und die Nerven schont.

Teilhabe behinderter Menschen

2. Sitzung der BMAS-Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz

Nach der Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz im Juli wurden in der zweiten Sitzung am 17. September die ersten konkreten Themen diskutiert.

Aus Sicht des DGB sollte der Behinderungsbegriff im SGB IX an die Formulierungen und die Philosophie der UN-Behindertenrechtskonvention angepasst werden. Die Teilhabebeschränkung in Folge von gesundheitlichen Beeinträchtigungen würde damit bei der Leistungsgewährung eine noch größere Rolle spielen als bislang. Auch die Leistungsgesetze – zum Beispiel für die gesetzliche Rentenversicherung – sollten auf notwendige Weiterentwicklungen hin überprüft werden.

Intensiv wurde über die Reform der Verwaltungsverfahren diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass die Zusammenarbeit der Leistungsträger verbindlicher festgeschrieben werden muss. Der DGB plädiert dafür, dies vorrangig im SGB IX zu regeln, so dass ein Sonder-Rehaverfahrensrecht für die Eingliederungshilfe vermieden wird und die Vorgaben tatsächlich für alle Rehabilitationsträger gelten. Auch die sozialversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden bei einer Regelung im SGB IX von schnelleren Verwaltungsverfahren profitieren können.

Die Arbeitsgruppe wird von der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller geleitet. Bis zum April 2014 werden noch sieben weitere Plenumssitzungen folgen. Am Ende soll ein Bericht stehen, der die Debatten und Ergebnisse darstellen wird. An der Arbeitsgruppe sind fast vierzig Vertreterinnen und Vertreter von Bundesministerien, Ländern, Trägern der Eingliederungshilfe, Betroffenen- und Sozialverbänden, der Freien Wohlfahrtspflege und der Sozialpartner BDA und DGB beteiligt.

Aufruf des DGB zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen 2014

Vom 1. Oktober bis Ende November 2014 werden Schwerbehindertenvertretungen gewählt. In allen Betrieben und Verwaltungen mit mindestens fünf schwerbehinderten Beschäftigten oder ihnen gleichgestellten behinderten Beschäftigten haben diese das Recht auf eine spezielle Interessenvertretung – die Schwerbehindertenvertretung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf: Beteiligen Sie sich an den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung – als Wählerin/Wähler oder Kandidatin/Kandidat – und stärken Sie so die innerbetriebliche Demokratie. Ihr Engagement zählt!

Unterstützt wird der Aufruf durch die Bundesarbeitsministerin, die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung sowie die behindertenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Parteien im Bundestag.

Zum Aufruf folgen Sie bitte diesem Link: <http://www.dgb.de/-/79>

Veranstaltungen

DGB: Seniorenpolitische Konferenz

28. Oktober 2014, Hamburg

Über 6 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den Gewerkschaften organisiert – davon circa 1,5 Mio. Seniorinnen und Senioren. Mit der Konferenz bieten wir Raum für gemeinsame Diskussionen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach wird senioren- und sozialpolitische Herausforderungen benennen und gewerkschaftliche Antworten erläutern. In Foren können weitere Einzelaspekte wie zum Beispiel „Sozialpolitische Vorhaben der Großen Koalition“ besprochen werden.

Die Einladung mit dem Programm finden Sie im Anhang der Newsletter-E-Mail.

DGB: Tagung „Wie weiter in der Pflege? Eine Standortbestimmung zur geplanten Reform der Pflegeversicherung“, 29. Oktober 2014, Berlin.

Die Pflegereform der Bundesregierung nimmt langsam Konturen an. Ein erstes Pflegestärkungsgesetz ist auf dem Weg. Doch werden damit die anstehenden Probleme in der Pflege wirklich gelöst? Was wird die zweite Stufe der Reform – die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs – bringen? Und was haben die pflegebedürftigen Menschen, die Angehörigen und die Beschäftigten in der Pflege zu erwarten, wenn der gleichberechtigte Anspruch von Leistungen für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen steht im Mittelpunkt steht? Gemeinsam mit Expertinnen und Experten sollen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der geplanten Neuerungen diskutiert werden.

Hier die Einladung mit Anmeldung: <http://www.dgb.de/-/71A>

DGB-Bildungswerk: Seminar „Gesetzliche Änderungen und ihre Auswirkungen auf die Schwerbehindertenvertretungs-Arbeit“, 25. September 2014, Düsseldorf

Im Rahmen der Tagung auf der REHACARE 2014 sollen die Auswirkungen verschiedener rechtlicher Veränderungen und Entwicklungen auf die Arbeit von Schwerbehinderten-Vertreterinnen/-Vertretern und Betriebs- sowie Personalrätinnen/-räte analysiert werden. Dazu gehören die Regelungen im Rentenrecht ebenso wie neue gesetzliche Bestimmungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz, über die betriebliche Interessenvertretungen informiert sein müssen.

Details zur Veranstaltung und zur Anmeldung entnehmen Sie bitte dem Anhang der Newsletter-E-Mail.

Deutsche Plattform für Globale Gesundheit: Fachtagung „Soziale und politische Bedingungen von Gesundheit im Wandel“, 26. September 2014, Berlin.

In der globalisierten Welt sind die wesentlichen Einflussfaktoren für Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen nicht mehr allein auf nationaler Ebene steuer- und beeinflussbar. Der Erhalt und der Schutz öffentlicher und solidarischer Gesundheitssysteme, der Kampf gegen gesundheitsgefährdende Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen und Strategien für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie gehören zu den sozialen und politischen Bedingungen für Gesundheit. Mit diesem Tagesseminar sucht die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit den Dialog mit der Politik. Ziel ist es, den Wandel zu analysieren und die sozialen Bedingungen von Gesundheit zu benennen.

Zum Tagungsprogramm: <http://www.medico.de/service/termine/detail/419/>

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:
<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:
<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>